

Dr. Roman Jaich

Bildungsfinanzierung im internationalen Vergleich

In meinem Beitrag möchte ich die Bildungs- und insbesondere Hochschulfinanzierung in ausgewählten Ländern darstellen. Hintergrundüberlegung dieses Beitrages ist, dass die Bildungsausgaben und insbesondere die öffentlichen Bildungsausgaben sich nicht nur hinsichtlich des Volumens unterscheiden, sondern dass hinter dem jeweiligen Finanzierungsumfang auch unterschiedliche Modellansätze stehen.¹

Die Auswahl der Länder orientiert sich an den jeweiligen Politikmodellen, die sich nicht nur im jeweiligen Bildungsbereich sondern auch in anderen gesellschaftlichen Subsystemen widerspiegeln.

- Einerseits liberale Finanzierungsmodelle, dies sind z.B.: USA, Großbritannien und Australien
- Andererseits öffentlich verantwortete Finanzierungsmodelle, dies sind z.B.: Dänemark und Schweden
- Schließlich Mischmodelle: Österreich und die Niederlande

2. Länder mit liberalen Finanzierungsmodellen: USA, Großbritannien und Australien

Länder wie die USA, Großbritannien oder Australien investieren relativ gesehen, mehr öffentliche Mittel in frühe Bildungsfasen, den Elementarbereich sowie Sekundarstufe I und II. Das Engagement im Tertiärbereich nimmt demgegenüber relativ gesehen ab. Die öffentliche Förderung nimmt ab zugunsten einer privaten Finanzierung.

Im Ergebnis könnte man die Strategie wie folgt kennzeichnen: Durch eine starke öffentliche frühkindliche Förderung soll die Grundlage dafür geschaffen werden, dass die Individuen ihren weiteren Bildungslebenslauf eigenverantwortlich gestalten können.

Nach einer allgemeinbildenden Schulbildung verbleibt den Schulabgängern die Möglichkeit sich beruflich an einer Hochschule oder einem College zu qualifizieren. Weiterhin besteht die Möglichkeit im betrieblichen Kontext zu lernen. Dies ist jedoch nicht systematisch geregelt. Für einzelne Branchen bestehen systematische Ausbildungen, diese stellen jedoch eine Ausnahme dar. „Marktverwertbare“ Qualifikationen können demnach ausschließlich über ein Studium erworben werden. Daher zeichnen sich alle Länder dadurch aus, dass trotz hoher individueller Finanzierungsanteile die Studienbeteiligung hoch ist, in den drei Ländern liegt die Studienanfängerquote deutlich über 40 % (in Deutschland demgegenüber bei ca. 35 %). An den Kosten des Studiums werden in allen drei Ländern die Studierenden bzw. ihre Familien beteiligt. Dies setzt sich fort für Qualifikationen, die später im Berufsleben erworben werden. Weiterbildung wird dort entweder durch die Unternehmen finanziert oder durch die Individuen. Die öffentliche Hand ist in der Regel nur durch Darlehen an der Finanzierung beteiligt (Ausnahmen bestehen für Benachteiligtengruppen).

¹ Alle vorgetragenen Zahlen stammen aus Nagel, Bernhard/Jaich, Roman (2004): Bildungsfinanzierung in Deutschland, Nomos-Verlag

Schließlich sind diese Länder durch eine hohe private Rendite der Investitionen in Humankapital gekennzeichnet. D.h. es bestehen erhebliche Differenzen bei den nach einer Ausbildung zu realisierenden Löhnen in Abhängigkeit des Bildungsabschlusses.

Für die Finanzierung des Studiums bestehen folgende unterschiedliche Modelle:

USA

In den USA gibt es ca. 4000 Hochschuleinrichtungen, die einen Studienabschluss anbieten. An der Spitze stehen die sogenannten Research Universities, die mit ihren Studienprogrammen weitgehend alle Fachgebiete, und zwar vom Bachelor- über das Master- bis zum Doktorprogramm, anbieten. Dies machen ungefähr 7 % der Hochschulen aus. Danach kommen die Master's Colleges and Universities, die mit den Doctorate-Granting Universities zusammen genannt werden und Bachelor-Studiengänge in verschiedenen Fachgebieten mit mindestens einem zusätzlichen Graduiertenprogramm anbieten. Ihr Anteil an der Hochschullandschaft macht ca. 15 % aus. Von den Baccalaureate Colleges, die auch Liberal Art Colleges genannt werden, ebenfalls ca. 15 % der Hochschulen, werden nur Bachelor-Programme angeboten. Die Special Universities für Musik, Lehrerausbildung, Theologie, Betriebswirtschaft, Medizin und Ähnliches, die nicht nur auf bestimmte Berufe vorbereiten, sondern auch häufig Forschung betreiben, machen fast 20 % der Hochschulen aus. Mit knapp 42 % stellen die Associate oder Community Colleges die meist öffentlich betrieben werden, den größten Anteil dar. Diese bieten häufig nur zweijährige Ausbildungsprogramme an und liegen qualitativ zum Teil erheblich unter dem Niveau der anderen Universitäten.

Die meisten Research Universities und Doctorate-Granting Universities sind öffentliche Hochschulen, die meisten Baccalaureate Colleges und Special Universities sind private Hochschulen. Allerdings sind auch einige der berühmtesten Universitäten wie Harvard, MIT, Yale, Princeton und Stanford private Universitäten.

Studiengebühren werden von fast allen Hochschultypen erhoben. Die Studiengebühren schwanken jedoch erheblich, abhängig vom Hochschultyp und vom Bundesstaat.

- Am niedrigsten sind die jährlichen Studiengebühren an den Community Colleges. In Kalifornien betragen sie (inflationsbereinigt) im Jahr 1992 im Durchschnitt \$ 265 und im Jahr 2001 \$ 330. Trotz eines Anstieges um 24 % sind sie immer noch die niedrigsten in den USA. Deutlich höher sind die Studiengebühren z.B. in Staate New York, im Jahr 1992 betragen sie dort \$ 2.415 und im Jahr 2001 \$ 2.657.
- Höher sind die Studiengebühren im Durchschnitt an den State Universities. Am niedrigsten sind diese wiederum in Kalifornien. Sie betragen dort im Jahre 1992 \$ 1.858 und im Jahr 2001 \$ 1.897. Die höchsten durchschnittlichen Studiengebühren werden in New Jersey erhoben: \$ 3.924 im Jahre 1992 und \$ 5.762 im Jahre 2001.
- Am höchsten sind die durchschnittlichen Studiengebühren in den Private Universities. Sie betragen 1992 in Kalifornien \$ 15.301 und stiegen bis 2001 auf \$ 18.091. In Massachusetts stiegen sie im selben Zeitraum von \$ 17.130 auf \$ 21.172 um 24 %, den höchsten Prozentsatz in den USA.

Die drastisch gestiegenen Gebühren führen zu einer erheblichen sozialen Abschreckung. So müssen die Studierenden aus dem niedrigsten Einkommensquintil im Schnitt 12 % des

Familieneinkommens für Studiengebühren zahlen, wenn sie ein Community College besuchen; besuchen sie eine State University, so steigt der Prozentsatz auf 25 %, würden sie eine Private University besuchen, würde er auf ca. 115 % steigen. Dies führt dazu, dass nur 18,5 % der Studienanfänger aus der Schicht der niedrigen Einkommen (bis zu \$ 20.000 im Jahr) private Colleges und Universitäten besuchen, während 23,0 % der Studienanfänger aus den mittleren Einkommensschichten (\$ 30.000 bis \$ 60.000 jährlich) und 53,5 % der reichsten (über \$ 200.000 jährlich) dort eingeschrieben sind. Trennt man zwischen den privaten Colleges und den privaten Universitäten, dann sinken die niedrigen Einkommen bei den Universitäten auf 2,6 % ab. Die reichsten Studienanfänger besuchen dagegen zunehmend die Private und State Universities. Der Anteil der Reichsten, die an diesen Universitäten anfangen, stieg von 39,4 % im Jahr 1980 auf 47,0 % im Jahr 1994.

Die Studierenden aus der Schicht der niedrigen Einkommen besuchen demgegenüber die relativ preiswerten Community Colleges. Der Anteil, der dorthin geht, stieg von 45,9 % im Jahre 1980 auf 47,3 % im Jahre 1994. Der entsprechende Anteil der reichsten Studienanfänger fiel im selben Zeitraum von 14,5 % auf 8,6 %.

Das überhaupt Studierende aus dem niedrigsten Einkommensquintil an Private Universities studieren kann, ist ausschließlich dem in den USA traditionell ausgebauten und großzügigen Stipendien- und Darlehenssystem zuzuschreiben. Es gibt öffentliche und private Zuwendungen. Die öffentliche, sogenannte Pell Grant Aid, d.h. nach Bedürftigkeit vergebene Stipendien, die auf eine Gesetzgebung aus den Achtziger Jahren zurückgehen, können mit der Entwicklung der Studiengebühren nicht Schritt halten, so dass es zu einer zunehmenden Verschuldung der Studierenden aus einkommensschwachen Haushalten kommt. Die leicht rückläufige Studienbeteiligung im Jahr 2001 kann als Beleg dafür gewertet werden, dass bei der Entwicklung der Studiengebühren eine Grenze überschritten wurde, bei der die Haushalte nicht mehr bereit sind, eine noch höhere Verschuldung in Kauf zu nehmen.

Da es in den USA keine flächendeckende Berufsausbildung gibt, die der in Deutschland oder Österreich vergleichbar wäre, ist das Studium Voraussetzung für eine qualifizierte berufliche Tätigkeit. Von daher besteht auch bei einkommensschwachen Haushalten die Bereitschaft, für ein Studium zu bezahlen und sich teilweise erheblich zu verschulden. Die „armen“ High-School-Absolventen werden jedoch trotz des viel gerühmten Stipendienwesens zunehmend in die Community Colleges, d. h. in den Teil des Hochschulsystems abgedrängt, der von den Berufsaussichten her gesehen am ungünstigsten positioniert ist. Demgegenüber sind die Spitzen- und „Markenzeichen“-Universitäten für die Reichsten und Qualifiziertesten reserviert.

Australien

In Australien wurden im Jahre 1989 erstmals seit dem Jahre 1974 wieder Studiengebühren eingeführt. Die Bezahlung der Studiengebühren erfolgt nach dem HECS-Modell (Higher Education Contribution Scheme). Das Studium wird mittels eines staatlich finanzierten Kredits vorfinanziert, der nach Abschluss des Studiums und Eintritt in das Berufsleben durch einkommensabhängig gestaltete Rückzahlungen getilgt werden soll. Wird der staatliche Kredit nicht in Anspruch genommen und die Studiengebühr jährlich direkt an die Hochschule gezahlt, dann wird dies mit einem Nachlass von 25 % der Gebühren belohnt. Bis zum Ende

des Sommersemesters 1996 betrug die Studiengebühr für alle Studiengänge einheitlich 2.442 A\$ (ca. 1.400 €). Damit werden nach offiziellen australischen Statistiken ca. 23 % der Lehrkosten für einen Studierenden abgedeckt.

Die Rückzahlung erfolgte nach Beendigung eines Studiums und erst dann, wenn das Einkommen eine gewisse Schwelle überstieg. Bis zum Jahre 1996 entsprach diese dem australischen Durchschnittsbruttoeinkommen von 28.495 A\$ (ca. 16.336 €). Das Rückzahlungssystem ist progressiv gestaltet, d.h. Bezieher von höheren Einkommen sind mit relativ höheren Rückzahlungsraten konfrontiert.

Die Reform des HECS-Modells zum Studienjahr 1997 führte einerseits zu einer Absenkung der Einkommensschwelle, ab der die Rückzahlung der Gebühren zu erfolgen hat, auf 20.701 A\$ (ca. 11.867 €) und andererseits zu einer Erhöhung und Staffelung der Studiengebühren nach Studienrichtung. Heute erfolgt eine Staffelung nach drei Studienrichtungen:

Studiengebühren in Australien seit dem Jahre 1997

| Kategorie | Studienrichtung | Studiengebühr pro Jahr ab 1997 | Studiengebühr pro Jahr ab 2002 |
|-----------|--|--------------------------------|--------------------------------|
| 1 | Gesellschaftswissenschaften, Soziologie, Pädagogik | 3.300 A\$ (ca. 1.890 €) | 3.598 A\$ (ca. 2.056 €) |
| 2 | Natur-, Wirtschafts-, technische Wissenschaften | 4.700 A\$ (ca. 2.690 €) | 5.125 A\$ (ca. 2.930 €) |
| 3 | Medizin, Rechtswissenschaften | 5.500 A\$ (ca. 3.150 €) | 5.999 A\$ (ca. 3.428 €) |

Die Einführung von gestaffelten Studiengebühren sollte sich nach offizieller Begründung an den potenziellen Verdienstmöglichkeiten orientieren. Tatsächlich war diese Staffelung jedoch notwendig, um die Verdrängung der weniger „marktfähigen“ Studiengänge aufzuhalten.

Zu beobachten war, dass die Einführung von Studiengebühren zu keinem Rückgang der Studierenden führte, sondern im Gegenteil zu einem Anstieg. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass vor Einführung der Studiengebühren die Zahl der Studienbewerber die Zahl der Studienplätze weit überstieg, es bestand ein Nachfrageüberhang. Gleichzeitig mit der Einführung von Studiengebühren wurden die Hochschulen ausgebaut. Der Anstieg der Studierendenzahlen in Australien lässt daher keine Aussagen für oder gegen Studiengebühren zu.

Von Bedeutung beim Australischen Modell ist auch, dass denjenigen, die direkt ihre Studiengebühren bezahlen, ein Teil der Gebühren erlassen wird. Denjenigen, die über einkommensstarke Eltern verfügen, kommt das Studium demnach billiger.

England

In England wurden im Jahre 1998 Studiengebühren eingeführt, die im Jahr 1.000 Pfund betragen. Diese wurden inflationsbedingt nach oben angepasst, gegenwärtig betragen sie

1.100 Pfund (Wintersemester 2002/03). Allerdings zahlen in England ca. 42 % der Studierenden keine Studiengebühren, 19 % zahlen nur einen Teil der Gebühren und lediglich 39 % zahlen die vollen Studiengebühren.

Im Jahre 1999 wurden die finanziellen Zuschüsse zum Lebensunterhalt (maintenance grants) durch Darlehen ersetzt. Konnten vorher Studierende aus einkommensschwachen Haushalten Zuschüsse zum Lebensunterhalt erhalten, so können seitdem alle Studierenden 75 % des Gesamtdarlehensbetrags erhalten, der gegenwärtig allgemein 3.815 Pfund und in London 4.700 Pfund sowie für daheim lebende Studierende 3.020 Pfund beträgt. Hinzu kommen 25 % des Darlehens für Bedürftige.

Die Folge ist, dass Studierende verstärkt erwerbstätig sind, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Ein weiterer Nebeneffekt der Umstellung der Finanzierung des Lebensunterhalts durch Darlehen, die jedem Studierenden gewährt werden, besteht auch darin, dass die Eltern sich in geringerem Umfang an der Finanzierung beteiligen. Lag der durchschnittliche Finanzierungsanteil der Eltern in 1998/99 noch bei 31 %, so betrug er 2002/03 nur noch 24 %. Die Ergebnisse könnten so interpretiert werden, dass von der Umstellung auf Darlehen vor allem die Haushalte mit höheren Einkommen profitieren.

Im Februar 2004 wurde vom britischen Unterhaus für England und Wales eine Neuordnung der Studiengebühren beschlossen. Danach können die Hochschulen ab dem Jahr 2007 die Höhe der Studiengebühren selber festlegen, allerdings darf die Höhe maximal 3000 Pfund betragen. Eine Entwicklung wie in den USA, wo unterschiedliche Studiengebühren „klassenbildend“ wirken, erscheint möglich, auch wenn die Höhe der maximalen Studiengebühren (noch) „gedeckelt“ ist.

2. Bildung als staatliche Aufgabe in Dänemark und Schweden

Eine andere Strategie verfolgen Länder wie Dänemark und Schweden. Dort sind die öffentlichen Aufwendungen für alle Bildungsphasen gleichermaßen hoch, eine Finanzierung erfolgt fast überwiegend durch die öffentliche Hand. Bildung wird als staatliche Aufgabe angesehen und jedem Individuum soll die Möglichkeit zu einer breiten Qualifizierung gegeben werden. Dies schließt auch das Lernen im Erwerbsleben mit ein, dass zu einem großen Teil öffentlich gefördert wird.

Studiengebühren werden in diesen Ländern nicht erhoben. Daneben besteht ein relativ gut ausgebautes System für die Förderung des Lebensunterhalts von Studierenden. Die Strategie zielt demnach auf eine breite Bildungsbeteiligung aller Bevölkerungsgruppen ab. Die Studienbeteiligung ist entsprechend hoch, die Studienanfängerquote beträgt in beiden Ländern fast 70 %.

Die Finanzierung des Studiums in Dänemark

Es werden keine Studiengebühren erhoben.

Jeder Studierende der älter als 18 Jahre ist, hat Anspruch auf eine öffentliche Förderung in Form einer bestimmten Anzahl monatlicher Zuschüsse (Regelstudienzeit plus 12 Monaten, maximal 70 Monate). Bis zum Alter von 20 Jahren wird das Einkommen der Eltern berücksichtigt, danach nur noch das Einkommen der Studierenden.

Der Zuschuss beträgt maximal 606 € monatlich. Zusätzlich kann ein Darlehen in Höhe von maximal 310 € monatlich gewährt werden.

Entsprechend hoch ist die Gefördertenquote, sie beträgt 87 %.

Die Finanzierung des Studiums in Schweden

Es werden keine Studiengebühren erhoben.

Jeder Studierende hat Anspruch auf eine Förderung, der Zuschussanteil beträgt maximal 607 €. Zudem kann ein Darlehen gewährt werden, der Höhe maximal 133 € beträgt.

Die Gefördertenquote ist 79 % fast so hoch wie in Dänemark.

3. Mischtypen wie Österreich und die Niederlande (aber auch Deutschland)

Diese Länder sehen eine überwiegend öffentliche Finanzierung von Bildung vor, die jedoch mit höheren Bildungsgängen systematisch abnimmt.

Niederlande

Das Hochschulstudium stellt ein beruflichen Qualifizierungspfad dar, der neben der schulischen Ausbildung sowie einer dualen Berufsausbildung besteht.

Studiengebühren, die in den Niederlanden eine lange Tradition haben, betragen derzeit ca. 1.445 € und werden nicht erlassen, bei Bedürftigkeit wird entsprechend die Förderung erhöht.

Die Studienförderung besteht aus drei Elementen:

Einem Grundzuschuss, der allen Studierenden gewährt wird und abhängig von der Wohnsituation (bei den Eltern oder nicht) ist: maximale Förderung monatlich 228 €

Ein zusätzlicher Zuschuss, der nach Bedürftigkeit vergeben wird und in der Höhe variiert, maximal monatlich 235 €

Ein Darlehen maximal monatlich 253 €

Österreich

In Österreich werden seit dem Studienjahr 2001/02 Studiengebühren in Höhe von jährlich 726 € erhoben. Ausländische Studierende müssen einen doppelt so hohen Betrag entrichten, wenn ihnen nicht aufgrund internationaler Verträge die gleichen Rechte für den Berufszugang gewährt werden müssen, wie Inländern. Bisher kommen die öffentlichen Erträge aus den Studiengebühren den Hochschulen nicht direkt zugute. Seit dem 01.01.2004 erhalten die Hochschulen jedoch auf der Grundlage des Universitätsgesetzes 2002 die Studiengebühren direkt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Bundeszuschüsse für die Hochschulen entsprechend gekürzt werden, so dass insgesamt durch die Einführung der Studiengebühren keine besseren Studienbedingungen realisiert werden.

Die Studiengebühren werden einkommensunabhängig erhoben. Studierenden aus einkommensschwachen Haushalten wird jedoch ein nicht rückzahlbares Stipendium gewährt, was bei Einführung der Studiengebühren um deren Höhe aufgestockt wurde. Transferempfänger sind ca. 16 % der Studierenden.

Durch die Einführung der Studiengebühren ist die Zahl der Studierenden insgesamt um 20,2 % zurückgegangen (von 221.505 Studierenden im WS 2000/01 auf 176.724 Studierende im WS 2001/02). Die Anzahl der inländischen, ordentlichen Erstzulassungen ist um 15,3 % zurückgegangen (von 21.196 im WS 2000/01 auf 17.961 im WS 2001/02, die der Erstzulassungen insgesamt um 14,9% (von 31.544 auf 26.832). Noch ausgeprägter sind die Rückgänge bei den außerordentlichen Erstzulassungen. Der Rückgang beträgt hier 34 %. Die Vermutung liegt nahe, dass es sich dabei um eher bildungsferne Schichten, häufig ohne Reifeprüfung handelt.

Der Rückgang der Studierendenzahl könnte noch damit begründet werden, dass vor allem die Studierenden die Hochschule verlassen haben, welche nur noch pro forma eingeschrieben waren. Dies greift aber nicht bei den Neueinschreibungen. Hier kann nur vermutet werden, dass viele einen alternativen Ausbildungspfad eingeschlagen haben. Zu fragen ist, ob dies erwünscht ist. Da auch in Deutschland eine duale Berufsausbildung besteht, ist zu vermuten, dass die Einführung von Studiengebühren hier zu einem ähnlichen Ergebnis führt. Zu fragen wäre dann, was mit den potenziellen Bewerbern geschieht, die verdrängt werden (Kaskadeneffekt).

Dass Studiengebühren sich auf die Bildungsbeteiligung auswirken, zeigt sich zudem in Österreich daran, dass die Montanuniversität Leoben keine Rückgänge, sondern erhebliche Zuwächse (um 34 %) verzeichnen konnte. An der Montanuniversität werden die Studiengebühren im Rahmen von unterschiedlichen Sponsoring-Programmen nahezu zur Gänze von der Wirtschaft übernommen.

Die Ergebnisse der Kolland – Studie, einer vom österreichischen Bildungsministerium in Auftrag gegebenen Untersuchung über die sozialen Auswirkungen von Studiengebühren, belegt, dass deren Einführung in Österreich sozial selektiv wirkte. Seit deren Einführung haben viele Studierende, wie oben gezeigt, ihr Studium abgebrochen. Signifikant ist dabei die Tatsache, dass der Großteil der Abbrüche im Bereich der bildungsfernen Schichten angesiedelt ist. Studierende welche aus dem Arbeiter-, Selbständigen oder landwirtschaftlichen Milieu kommen, bilden den Hauptanteil der Studienabbrecher, wobei Frauen aus unteren Bildungs- und Erwerbsschichten stärker vom Studienabbruch betroffen sind.

Neueste, vorläufige Zahlen zeigen, dass die Studentenzahlen des WS 2000/01 auch im WS 2003/04 noch nicht wieder erreicht wurden (205.956 statt 244.161). Dasselbe gilt für die inländischen ordentlichen Erstzulassungen (20.416 statt 21.196).

4. Abschließende Bemerkungen

Die kurze Darstellung zeigt einerseits, dass Studiengebühren durchaus mit einer starken Studienbeteiligung einhergehen können. Ebenso zeigt sich in den skandinavischen Ländern, dass eine öffentliche Finanzierung der Hochschulbildung ebenfalls mit einer hohen Studienbeteiligung einher gehen kann. Die Frage der Studienbeteiligung hängt daher nicht nur von dem Finanzierungsmodell ab sondern im starken Maße auch von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Studiengebühren wirken sich insbesondere dann nicht negativ auf die Studienbeteiligung aus, wenn das Studium eine quasi notwendige Voraussetzung für den Einstieg in ein qualifiziertes Beschäftigungsverhältnis darstellen. Bildung und insbesondere

Hochschulbildung wird als Humankapitalinvestition allgemein akzeptiert, dementsprechend hoch ist auch die Bereitschaft, sich für ein Studium zu verschulden.

Interessant ist in diesem Zusammenhang Österreich, dass wie Deutschland über verschiedene Pfade des Berufseinstiegs verfügt. Die Einführung von Studiengebühren führte dort zu einer Verteuerung eines Einstiegspfad, der Hochschulausbildung, und hatte zur Folge, dass die relativ teurer geworden Alternative abgewählt wurde, d.h. die Studienbeteiligung sankt.

Weiterhin ist festzustellen, dass die Form der Bildungs- und insbesondere die Hochschulfinanzierung eng verbunden ist mit anderen gesellschaftlichen Bereichen, vor allem mit dem Arbeitsmarkt. Individuelle Bildungsfinanzierung und deregulierte Arbeitsmärkte hängen offenbar miteinander zusammen. Dies zeigt sich auch an den skandinavischen Ländern mit überwiegend öffentlich finanzierter Bildung und stärker regulierten Arbeitsmärkten, was dort eine geringeren Rendite einer Humankapitalinvestition zur Folge hat, da die Lohnspreizung geringer ist.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Frage ob Studiengebühren ja oder nein nicht nur im Kontext der Hochschulfinanzierung zu diskutieren ist, sondern vor allem auch im Kontext einer Diskussion über das gesellschaftliche „Organisationsmodell“ aufzufassen sind: Entweder ein Modell der individuellen Verantwortung für Bildungskarriere und Erwerbschancen oder das Modell einer gesellschaftlichen Verantwortung innerhalb derer die Individuen sich entwickeln können.

*Dr. Roman Jaich arbeitet am European Institut for Globalisation Research
(roman.jaich@e4globe.org)*